

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Jochem-Danzig: Der Vertreter für Elbing-Marienburg hat mir den Danzig betreffenden Antrag zur Unterschrift vorgelegt. Ich sagte ihm, er solle doch so etwas nicht machen. Er hat ihn mir nochmals vorgelegt, ich habe meine Unterschrift wieder verweigert. Was ich befürchte habe, ist eingetreten, es wurde über den Vorschlag gespottet, und da habe ich zu erklären, daß die Danziger Genossen und ich mit dem Antrage nichts zu thun haben.

Der Vorschlag, betreffend Danzig wird unter großer Heiterkeit einstimmig abgelehnt, Berlin dagegen einstimmig angenommen.

Auf Grund des § 10, Absatz 3 geht der Parteitag jetzt über zu Punkt 5 der Tagesordnung:

### Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.

Von der 25er Kommission ist folgende Vorschlagsliste dem Parteitage unterbreitet worden:

#### Vorstand

- A. Gerisch, Vorsitzender.
- B. Singer,
- F. Auer, Schriftführer.
- R. Fischer,
- Webel, Kassirer.

#### Kontrollleure.

- Behrend-Frankfurt a. D.
- Dubber-Hamburg.
- Emald-Brandenburg.
- Herbert-Stettin.
- Jacoben-Berlin.
- Kaden-Dresden.
- G. Schulz-Berlin.

Hierzu bemerkt Kühn-Langenbielau: Als Mitglied der 25er-Kommission bin ich beauftragt, zu motiviren, wie die Kommission dazu gekommen ist, diesen Vorschlag sich zu erlauben. Nach Annahme des § 13 ergab sich ganz von selbst die Frage, ob sich nicht in diesem engeren Kreise eine Verständigung über die geeignetsten Personen finden ließe. Die Kommission war sich völlig bewußt, daß ihr Mandat nicht dahin ging; entschied sich aber einstimmig dafür, es dennoch zu thun. Als Gründe für dieses Vorgehen waren maßgebend zunächst die Rücksicht auf Zeitersparnis in Anbetracht der Geschäftslage; ferner bezüglich der Feststellung der Personfrage selbst der Umstand, daß es wünschenswerth erschien, wenn die Kontrollleure nicht zu weit vom Sitze der Parteileitung entfernt

H

wohnen, um in dringenden Fällen möglichst an einem Tage zur Erledigung der betreffenden Angelegenheiten zusammenkommen zu können. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die vorgeschlagenen Kontrollleure ausgewählt worden; der andere geltend gemachte Wunsch, daß möglichst jeder größere Einzelstaat oder jede Gegend Deutschlands in der Parteileitung berücksichtigt werden möchte, hatte demgegenüber zurückzutreten. Bei der Abwägung der Personfrage ist natürlich in erster Linie die Qualifikation der einzelnen Vorgeschlagenen erwogen worden. Die Kommission bezweifelt gar nicht, daß es außerhalb ihrer Vorschläge noch andere, für die weitverzweigte, komplizierte Thätigkeit der Geschäftsleitung ebenso geeignete Personen giebt und will dem Recht des Parteitages nicht im Geringsten vorgreifen (Unruhe, Schlußrufe); sie erlaubt sich eben nur, Äynen nach ihrer Ansicht geeignete Vorschläge zu machen. Der Name Liebknecht fehlt auf der Vorschlagsliste, weil wir der Ansicht waren, daß Liebknecht, als Chefredakteur des Parteiorqans, einmal keine Zeit für die Vorstandsthätigkeit übrig haben, dann aber doch so wie so der geistige Leiter bleiben würde.

Joest-Mainz: Ich habe einen Antrag mit fünf anderen Namen von Kontrollleuren eingereicht, der aber nicht verlesen worden ist. Im Umkreise von Berlin, über Dresden hinaus, befindet sich auf der Kommissionsliste kein einziger Genosse. Der ganze Süden und Westen Deutschlands soll unvertreten bleiben; das begreife ich nicht. (Gelächter.) Ich schlage Grillenberger, Geel-Offenburg und Müller-Darmstadt statt der beiden Berliner und des Frankfurter Genossen vor.

Geyer-Leipzig-Land: Ich finde Joest's Ansicht geradezu partikularistisch. Er spricht von Gerechtigkeitsgefühl; ist es gerecht, Anderen das Gerechtigkeitsgefühl abzuspochen?

Brinz-Frankfurt a. M.: Man sollte doch die Vorschläge der Süddeutschen nicht auslachen; die Süddeutschen haben dieselben Eigenschaften wie die Norddeutschen, mit Ausnahme einiger Berliner. (Hoh!) Auch von Darmstadt und Nürnberg kann man in einer Tagereise nach Berlin kommen. Der Vorstand von vor 1878 war über ganz Deutschland verzweigt.

Pittat-Kiel-Rendsburg tritt für den Kommissionsvorschlag ein. Behrend-Frankfurt a. D. erklärt, im Interesse der Süddeutschen zurückzutreten zu wollen.

Frohme kann sich auch mit der Liste nicht ganz befrieden. Der Vorwurf des Partikularismus sei zurückzuweisen; bei dem großen Interesse, welches die Genossen allerorten in Deutschland der Geschäftsleitung entgegenbringen, sei der Hinweis der Süddeutschen auf die Nothwendigkeit, im Vorhand vertreten zu sein, selbstverständlich. Es würde einen höchst üblen Eindruck in Süddeutschland machen, wenn den Wünschen der dortigen Genossen nicht würde nachgegeben werden.

H

**Sittig-Hannover:** Meinen Mandatgebern würde es nicht unangenehm sein, wenn der gesammte Vorstand aus Personen bestünde, deren Wohnorte rings um Berlin liegen. Ich würde noch Meister-Hannover vorschlagen, der als Abgeordneter ohne Unkosten für die Parteikasse dabei sein könnte.

**Meister-Hannover:** Es ist mir recht peinlich, jetzt das Wort zu erhalten. Ich erkläre vorweg meinen Verzicht auf eine solche Wahl, bin aber ebenfalls mit dem Kommissionsvorschlag nicht einverstanden. Nicht etwa aus Antipathie gegen Berlin, sondern weil mir der Gesichtskreis der Kommission sehr enge gewesen zu sein scheint. Für die Kommission hat nur Berlin und Umgegend existirt, das übrige Deutschland nicht. Die Motivirung des Referenten war wohl auch nicht ernst gemeint; die Kontrolleure sollen doch den Vorstand kontrolliren, nicht selbst die Geschäfte des Vorstandes ausführen; die Schlagfertigkeit, die dort im Interesse schleunigen Zusammentretens gewünscht wird, ist also gar nicht so sehr erforderlich. Die Kontrolleure sollten gerade im Interesse ihres Amtes etwas weiter vertheilt sein. Ich vermissе in der Liste auch ganz Rheinland und Westfalen.

**Lüttgens-Hamburg:** Die Kommission ist von der Erwägung ausgegangen, daß eine Eisenbahnfahrt von höchstens vier bis fünf Stunden ausreichen müsse, um an den Sitz der Parteileitung zu gelangen. In diesem Sinne ist der Kommissionsvorschlag durchaus der richtige. Wir dachten damit besonders praktisch zu verfahren. Hintergedanken haben wir absolut nicht gehabt. Zwei Genossen aus Berlin hielten wir der Schnelligkeit der Kontrolle halber für mindestens nöthig im Vorstande.

**Theiß-Hamburg:** Es müssen wenigstens zwei Beisitzer in Berlin sein, um Gegenstände von geringerer Bedeutung sofort erledigen zu können. Welche Personen das sein sollen, darüber werden wir bis morgen Nachmittag nicht einig werden. Die zwei Genossen sind vorgeschlagen, weil sie in persönlichen Angelegenheiten in Berlin die unparteiischste Anschauung haben. (Sehr richtig!) Die Wahl süddeutscher Genossen haben die Süddeutschen selbst als partikularristisch zurückgewiesen.

**Kołosky-Braunschweig:** Die beiden wichtigsten Aemter ruhen doch in süddeutschen Händen. Die beiden Schriftführer Luer und Fischer sind Bayern.

**Vollmar-München:** Ich bin so zu sagen auch ein Süddeutscher und habe als solcher in der Kommission den Gedanken bekämpft, einen Theil der Kontrolleure nach Süddeutschland zu setzen. Es ist viel praktischer, wenn die Leute nahe zusammen wohnen, welche diese Sachen machen. (Beifall.)

**Luz-Baden:** Man will eine Mainlinie gewissermaßen zwischen

H

uns wieder aufrichten. (Ho!) Ich bitte also, auch Süddeutschland zu berücksichtigen.

**Schmidt-Burgstädt** schlägt vor, an Stelle von G. Schulz-Berlin Schulz-Magdeburg zu wählen.

**Fritz Berndt-Berlin** will statt G. Schulz Zubeil gewählt wissen, den die Berliner Delegirten mit 16 gegen 5 Stimmen zum Kontrolleur vorzuschlagen beschlossen hätten.

**Behrend-Frankfurt a. O.** will an seine Stelle Pfanntuch-Cassel treten lassen.

Es wird beschlossen, daß Vorschlagslisten vertheilt werden, welche nach Wunsch geändert werden können und als Stimmzettel gelten sollen. Diese Stimmzettel sollen von drei Genossen nach einer halben Stunde gesammelt werden.

Von einer Seite wird Auskunft gewünscht über die Person der Genossen Gerisch und Fischer.

G. Schulz-Berlin fragt die Berliner Genossen, ob er sich während seiner 22-jährigen Thätigkeit in der Partei etwas habe zu schulden kommen lassen, was seine Nichtwahl rechtfertige.

Hiernach wird zur Beschlußfassung über den Ort des nächsten Parteitages geschritten. Maßgebend ist § 7 des Statuts:

Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muß die Parteileitung mit der Reichstags-Vertretung hierüber sich verständigen.

Auf Antrag Gottschall-Hamburg wird es dem Parteivorstande überlassen, den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen.

Damit sind, bis auf die Feststellung der Wahlen, die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung erledigt.

Es folgt der letzte Gegenstand der Tagesordnung:

Punkt 9.

### Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Das Bureau hat diese Anträge, in 4 Gruppen vertheilt, drucken lassen. Außerdem sind gestern einige 20 Anträge eingegangen, die nicht mehr gedruckt werden konnten, weil ihre Vertheilung erst kurz vor Schluß des Parteitages möglich ist. Sie sind übrigens, ihrem Inhalte nach, größentheils schon in den gedruckten Anträgen mit enthalten.

Der Vorsitzende schlägt vor, diese Anträge, sowie die Anträge in Gruppe III und IV (s. Anhang) dem Parteivorstande zur Erledigung resp. Berücksichtigung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

H